

22 Tibeter reichen Härtefallgesuch ein

Tibeter, die sich ohne gültige Papiere in der Schweiz aufhalten, stecken in einer Sackgasse: Sie dürften nicht hier sein, ausreisen geht aber auch nicht. Nun schöpfen sie neue Hoffnung.

Montag 9. Dezember 2019 20:42 von Quentin Schlapbach



Weil die chinesische Regierung auch in der Schweiz das Geschehen mitverfolgt, wollen die Betroffenen anonym bleiben.

(Bild: Stefan Wermuth)



Quentin Schlapbach
@qscBZ

Es ist kurz vor 14 Uhr. Beim Treffpunkt am Berner Bahnhof versammeln sich 22 Tibeterinnen und Tibeter. Für sie soll dieser verregnete Montag im Dezember ein besonderer Tag in ihrem Leben werden – der erste Schritt aus der Sackgasse, der erste Schritt aus der Illegalität.

Eigentlich dürften sie alle gar nicht hier sein. Das sagt zumindest das Staatssekretariat für Migration (SEM), welches ihre Asylgesuche allesamt abgelehnt hat. Der Grund für diesen Negativentscheid hat mit einer Praxisänderung aus dem Jahr 2014 zu tun. Just im Jahr, als das chinesisch-schweizerische Freihandelsabkommen in Kraft trat, entschieden die

Schweizer Behörden, dass Flüchtlinge mit tibetischer Ethnie künftig mit offiziellen Papieren belegen müssen, dass sie nicht in einer exiltibetischen Gemeinde in Indien oder Nepal aufgewachsen sind. Wer das nicht konnte, befand sich fortan in einer Sackgasse. Rund 600 Tibeterinnen und Tibeter sind in der Schweiz von diesem Schicksal betroffen.

Kein Vor oder Zurück

Ohne gültige Papiere können sie nicht mehr ausreisen, selbst wenn sie dies wollten. In Nepal oder Indien haben sie keine Identität und erhalten von den Behörden keine Hilfe. In China droht ihnen derweil die politische Verfolgung. Und in der Schweiz leben sie seit dem negativen Asylentscheid illegal und könnten jederzeit aufgegriffen und gebüsst werden.

Der einzige Ausweg, der sich ihnen bietet, ist die Nothilfe. Die 22 Tibeterinnen und Tibeter leben heute allesamt von 8 Franken im Tag in verschiedenen Berner Asylzentren und dürfen weder arbeiten noch an schulischen Programmen teilnehmen. Viele von ihnen fristen dieses Dasein schon seit Jahren – ohne Aussicht auf Besserung. Bis jetzt.

Mit dem 10er-Bus fahren die Tibeter und ihre Schweizer Unterstützer zum Amt für Migration und Personenstand (MIP) an den östlichen Stadtrand von Bern. Mit sich tragen sie 22 Härtefallgesuche, die sie an diesem Tag einreichen werden. Grund zur Hoffnung verleiht ihnen ein neues Papier, das dem Gesuch beiliegt. Es ist eine Identitätsbestätigung der tibetischen Exilregierung – ein Beleg, der beweisen soll, dass sie wirklich aus dem Tibet stammen.

Unterstützung aus Zürich

Die Übergabe der Gesuche geht schnell über die Bühne. Der Beamte am Schalter verspricht, dass man die Dokumente prüfen werde. Wenn das MIP der Meinung ist, dass bei den 22 Tibeterinnen und Tibeter ein Härtefall vorliegt, kann es die Gesuche ans SEM weiterleiten. In Zürich, wo Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) früher im Nationalrat der Parlamentarischen Gruppe für Tibet vorstand, war dies bei ähnlichen Gesuchen bereits der Fall.

Nach der Übergabe verteilt eine Schweizer Unterstützerin den Tibetern Lebkuchenherzen. Weil es zu wenige hat, müssen sie die Guetsli teilen. Dann steigen sie in den Bus, der sie zurückbringt. Zurück nach Zollikofen, Hinterkappelen, Biel und Hondrich. Zurück in Kollektivunterkünften, wo sie geduldet, aber nicht willkommen sind. Immerhin seit heute mit der Hoffnung, dass es doch noch einen Ausweg aus ihrer Sackgasse gibt.

Montag 9. Dezember 2019 20:42 von Quentin Schlapbach